

Lügen im Namen der Staatsräson

14 Feb. 2026 08:53 Uhr

Hetzkampagnen, gestreute Desinformation und Kriminalisierung: Die Repressionen gegen politische Gegner nehmen zu in Deutschland und der EU. Ein aktueller Fall verdeutlicht, wie sich Medien und Justiz im Namen der Staatsräson daran beteiligen – auch mit dreisten Lügen.



© Urheberrechtlich geschützt

Hörsaalbesetzung an der Freien Universität Berlin, 15.12.23

Von Alexandra Nollok

Politische Aktivisten haben ihren Grund, wenn sie sich weigern, mit der deutschen Presse zu reden. Ob vor fünf Jahren bei Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen oder heute bei propalästinensischen und Antikriegsprotesten – es ist immer dasselbe: Reporter klauben Wortfetzen aus dem Kontext, verbreiten gestellte Aufnahmen, verdrehen Tatsachen oder bauschen Banales auf, um die Realität ihrer eigenen politischen Agenda "anzupassen". Sie betreiben selbst jene Desinformation, die sie anderen vorwerfen.

Hetzkampagne mit falschen Vorwürfe

In dieser Woche kochte ein Fall erneut hoch, dieses Mal mit eher spärlichen Informationen, der das [eindrücklich belegt](#). Die Berliner Strafjustiz hat ihr Verfahren gegen den linken Palästina-Aktivisten Burak Y. gegen eine Geldzahlung von insgesamt 650 Euro eingestellt – 450 Euro davon an die Organisation Medico International, die im Gazastreifen medizinisch im Einsatz war, aber kürzlich von Israel verbannt wurde.

Von den ursprünglichen Vorwürfen, die deutsche Leitmedien vor einigen Monaten noch genüsslich ausgeschlachtet haben, ist nichts übrig geblieben. Diese klangen in etwa so: Y. sei ein aggressiver "linker Antisemit", der Ende 2023 als Ordner einer "propalästinensischen Hörsaal-Besetzung" an der Freien Universität (FU) Berlin fungiert und den jüdischen Studenten Lahav Shapira "angegriffen" habe, um ihm den Zutritt zu dem besetzten Raum zu verweigern – eine Hetzkampagne, wie man sie kennt.

Die Realität sah anders aus: Shapira hatte Y. wegen "Körperverletzung" und "antisemitischer Beleidigung" angezeigt, die Staatsanwaltschaft klagte ihn daraufhin an. Doch schon in der ersten Instanz im Juli vergangenen Jahres entpuppte sich beides als unwahr. Denn es gab Videoaufnahmen von der Szene: Von der behaupteten Gewalt, den angeblichen Beleidigungen und Drohungen war darauf nichts zu erkennen.

Sozialdarwinismus nach Springer-Art

Zu sehen war etwas anderes: Shapira und mehrere Begleiter rissen Plakate von getöteten und verletzten Kindern im Gazastreifen ab, die Aktivisten aufgehängt hatten. Sie zerstörten deren Infomaterial und bedrohten einzelne Aktivisten. Der Angeklagte kommentierte dazu, Shapira und seine Gruppe hätten sich "aggressiv verhalten und Leute bedrängt", und dabei "einer Genossin Schmerzen zugefügt". Er selbst habe nicht einmal gewusst, dass Shapira Jude ist. Unter den Besetzern seien "selbst jüdische Teilnehmer gewesen". Y. stellte sich demnach vor Shapira, um ihn daran zu hindern, immer weiter zu eskalieren.

Nachdem sich die Vorwürfe in Luft aufgelöst hatten, änderte die Staatsanwaltschaft ihre Strategie. Sie pochte auf "Nötigung". Die erste Instanz ging darauf ein und verurteilte Y. zu einer Geldstrafe. Einige Medien ruderten zurück und beschränkten sich darauf, verkürzte *dpa*-Meldungen zu publizieren. Der Axel-Springer-Verlag blieb bei [seiner Propaganda](#) und setzte eine Schippe Sozialdarwinismus drauf: "Bürgergeld-Empfänger verurteilt – Nur 450 Euro Geldstrafe nach Juden-Hass an Berliner Uni", hetzte die *Bild*. In Berlins Boulevardzeitung, der *B.Z.*, [hieß es abfällig](#): "Er lebt von Vater Staat und bezeichnet sich als 'Teil von Klasse gegen Klasse'."

Nichts Neues also aus dem Hause Springer: Wenn sonst nichts hilft, tritt der Verlag nach unten, um seine politischen Gegner zu brandmarken und seine Leserschaft bei der Stange zu halten. In Sachen Palästina geht es ihm jedoch um mehr: Das Axel-Springer-Imperium [verdient selbst kräftig](#) am Immobiliengeschäft im illegal von Israel besetzten Westjordanland.

Staatsräson vor Recht

Gegen das Urteil vom Juli hat sich der Angeklagte jetzt gewehrt. Mit der erzielten Einstellung sei "unser Mandant [nicht schuldig gesprochen](#) worden", kommentierte sein Anwalt Timo Winter gegenüber der Berliner Tageszeitung *junge Welt*. Auch wenn es kein Freispruch war, wertet Winter den Ausgang als "Erfolg". Angesichts "der allgegenwärtigen Repressionen gegen Palästina-Solidarität in Deutschland" habe man nicht mehr herausholen können.

Das spricht für sich: Da drängt ein Ordner also aggressive Personen, die zuvor bereits Plakate zerstört hatten, von einer Protestaktion ab, um Schlimmeres zu verhindern. Das ist bewiesen. Der Abgedrängte zeigt den Ordner dann an und erhebt dabei falsche Anschuldigungen gegen ihn. Die Justiz klagt ihn an, die Medien schlachten die Vorwürfe aus. Die lösen sich in Luft auf – und trotzdem weigert sich das Gericht, den Angeklagten freizusprechen. Der Fall verdeutlicht: Im Namen der Staatsräson bedingungsloser Israel-Unterstützung beugt die deutsche Justiz ihr eigenes Recht.

Verschwörungsgeraune der EU

Diese medial, politisch und juristisch mit Lügen aufgeblasene Uni-Story ist bei weitem nicht die einzige ihrer Art. Und sie hat viel mit den EU-Sanktionen gegen den deutschen Journalisten Hüseyin Dođru zu tun. Ihn hatte die EU letzten Mai im Rahmen der Russland-Sanktionen existenzvernichtend bestraft. Beweise für eine behauptete Zusammenarbeit mit Russland hat sie jedoch bis heute nicht geliefert.

Dođru und sein Anwalt bestreiten diesen Vorwurf als frei erfunden. Es geht tatsächlich wohl eher um folgende EU-Begründung: Der Sanktionierte hat Palästina-Proteste an einer Berliner Uni gefilmt. In der Verordnung heißt es, Dođru habe sich "während einer gewaltsamen Besetzung einer deutschen Universität durch antiisraelische Randalierer mit den Besetzern koordiniert, um Bilder ihres Vandalismus (...) zu verbreiten". So habe er "[Desinformation](#)" gestreut, um "die Stabilität und Sicherheit in der EU untergraben", was den "Zielen Russlands" diene. Auf diese Weise kann die EU letztlich jede unliebsame Person ausschalten.

Man könnte glatt auf die Idee kommen, die EU habe sich für ihre Wortwahl und Verschwörungstheorien direkt vom Axel-Springer-Verlag beraten lassen. Rechtlich käme sie damit nicht durch, das weiß sie selbst. Wohl darum rückte sie auf Druck von Dođrus Anwalt keinen einzigen Beleg für ihre Vorwürfe heraus – nichts über behauptete "Russland-Verbindungen", nichts zur angeblichen Verschwörung mit "antiisraelischen Randalierern", sondern: [Screenshots von kritischen Kommentaren](#) des Dissidenten auf X über deutsche Kriegs- und Sozialpolitik.

Staatsgewalt beim Lügen erwischt

So betreibt die EU selbst eben jene "Desinformation", die sie ihren politischen Widersachern vorwirft. Das zeigt sich auch darin, dass sie Dođru bis heute als "[türkischen Staatsbürger](#)" ausweist, obwohl er das längst und mehrfach öffentlich widerlegt hat. Tatsächlich wurde der in Berlin lebende Sohn türkisch-kurdischer Emigranten in Deutschland geboren und verfügt ausschließlich über die deutsche Staatsbürgerschaft.

Fazit: Die EU und die zustimmende Bundesregierung hatten entweder nicht einmal das Mindeste recherchiert, bevor sie Dođru derart brutal bestraften. Oder sie haben schlichtweg von Anfang an gelogen – was sie nun umso dreister angesichts der öffentlichen Richtigstellung weiter tun.

Beim Lügen erwischt wurde letzte Woche auch die Bundesregierung. Ende Januar hatte das Auswärtige Amt (AA) die EU-Sanktionen gegen den in Belgien lebenden Schweizer Militäranalysten Jacques Baud mit dessen angeblichen "regelmäßigen Auftritten in russischen Fernseh- und Radioprogrammen" begründet. Beleg dafür sei laut AA "der EU-Rechtstext". Doch weder trat Baud je in russischen Medien auf noch behauptet das die EU-Verordnung. Der Nachfrage des Journalisten Florian Warweg für die *Berliner Zeitung* wich [AA-Sprecher Josef Hinterseher](#) konsequent aus.

"Wertewestliche" Klassenjustiz

Das ständige Auffliegen ihrer Lügen scheint weder der Staatsmacht noch den ihr offenkundig zu Munde schreibenden Leitmedien peinlich zu sein. Sie machen einfach weiter damit, schließlich bleiben dem Gewaltmonopol noch Repressionen. Und die baut es derzeit – auch mithilfe der Presse – weiter aus.

So arbeitet die Justiz etwa kräftig an einem ordentlichen Strafmaß für die Parole "From the River to the Sea – Palestine will be free" ("Vom Fluss bis zum Meer – Palästina wird frei sein"). Das erste

Oberlandesgericht hat bereits [entsprechend entschieden](#).

Und während der Staat protestierende Völkermord-Gegner tausendfach wegen einer Parole verfolgt, dessen behauptete " Hamas-Herkunft" auch nur eine weitere Lüge der Bundesregierung ist, bereitet die israelische Regierung gerade die [letzte Stufe der Vernichtung](#) Palästinas und seiner Bewohner vor – nicht zuletzt mit deutschen Waffen. Auch für die deutsche Klassenjustiz gilt: Hauptsache, die Profite sprudeln reibungslos in "wertewestliche" Konzernkassen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln